

stattfinden. Die Zielsetzungen der beiden Einrichtungen unterschieden sich allerdings voneinander.

Abg. Mechthilde Wittmann (CSU) bittet um die Erstattung eines kurzen Berichts im ersten Quartal 2017 über den Sachstand.

Vorsitzender Peter Winter (CSU) stellt fest, dass die übrigen Ausschussmitglieder diesen Wunsch teilten.

Beschluss:

Zustimmung

(Einstimmig)

Abstimmung über die Nachschubliste

Auf Vorschlag des **Vorsitzenden Peter Winter** fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

Zustimmung zur Nachschubliste zum Einzelplan 03 A

(Einstimmig)

Abg. Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER) zitiert aus dem aktuellen, bei der Klausurtagung des Ministerrats in Sankt Quirin gefassten Beschluss:

In Freyung soll ein Trainingszentrum für alle Spezialeinheiten der Bayerischen Polizei errichtet werden. Neben den übenden Einheiten sind mindestens 50 Mitarbeiter für den Betrieb der Einrichtung vorgesehen. Mittelfristig soll der Standort auch für die Ausbildung neuer Polizeianwärter ausgebaut werden.

Aus niederbayerischer und insbesondere aus Freyunger Sicht sei dies eine sehr erfreuliche und richtige Entscheidung. Im Haushaltsentwurf lasse sich nicht erkennen, wie diese Maßnahme mit Haushaltsmitteln hinterlegt sei. In einem Artikel in der "Passauer Neuen Presse", in dem Aussagen von Herrn Staatsminister Brunner wiedergegeben würden, stehe allerdings, Mittel für die Polizeiakademie seien vorhanden. Dem Artikel zufolge werde an der Umsetzung bereits gearbeitet; auch seien ausreichend Planungsmittel im Haushaltsentwurf 2017/18 dafür vorgesehen. Das habe Innenminister Joachim Herrmann Staatsminister Helmut Brunner bestätigt.

Interessant sei, zu erfahren, wo diese Mittel eingeplant seien, um wie viele Mittel es sich handle und wofür sie zur Verfügung stünden.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium) führt hierzu aus, geplant sei ein Einsatztrainingszentrum für Spezialeinheiten, die in extremen Sondersituationen gebraucht würden. Die Vorplanungen müssten zunächst einmal inhaltlich ausgefüllt werden. Den Wunsch nach diesem Zentrum habe ihm, Staatsminister Herrmann, die Polizeiführung vor etwa einem halben Jahr vor dem Hintergrund der Terrorereignisse erstmals vorgetragen. Am Anfang müsse eine inhaltliche Entwicklung stehen, zumal es in Deutschland keine Vorbilder einer solchen Einrichtung gebe. Des Weiteren sei zu prüfen, welche Liegenschaften der Bundeswehr genutzt und welche neuen Einrichtungen errichtet werden müssten. Die vorhandenen Mittel reichten für die Phase der grundsätzlichen Entwicklung aus. Zu gegebener Zeit werde das Konzept im Haushaltsausschuss und im Innenausschuss vorgestellt, und dann werde es weiterentwickelt. Einen Spatenstich werde es in nächster Zeit also noch nicht geben. Allerdings sei das Projekt fachlich notwendig, und dass es an diesem Standort realisiert werde, sei entschieden. In einem weiteren Schritt würden dort Polizisten ausgebildet.

Mit den vorhandenen Mitteln könnten die Vorhaben der Jahre 2017 und 2018 vorgebracht werden. Gegebenenfalls könne die Staatsregierung mit dem Nachtragshaushalt 2018 eine Anpassung beantragen.

Abg. Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER) dankt für die Auskunft und schließt daraus, dass die Planungs- und Konzeptionsarbeiten auch dann voranschrreiten, wenn der Haushaltsplan hierfür keinen ausdrücklichen Planungstitel enthalte.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium) bestätigt diese Darstellung.

Abg. Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER) verweist auf die Aussage von Herrn Staatsminister Herrmann, die Ausbildung von Polizeianwärtern erfolge erst in einem nachfolgenden Schritt. Dies bedürfe einer Erläuterung. Die aktuellen Ausbildungskapazitäten seien schon am Limit. Der Bedarf an weiteren Ausbildungsmöglichkeiten könne durchaus dazu veranlassen, die Investition hierfür vorzuziehen.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium) erklärt, diese Frage sei intensiv geprüft worden. Auch vor dem Hintergrund der relativ starken Pensionierungsjahrgänge werde es 2019/2020 die größten Ausbildungsbelastungen geben. Ein neuer Standort werde sich allerdings nicht so schnell für die Ausbildung einrichten lassen können. In Kastl solle in einer staatlichen Liegenschaft eine neue Ausbildungsstätte entstehen. Ansonsten werde an den vorhandenen Bereitschaftspolizeistandorten zusätzlich ausgebildet. Dort seien die für die Ausbildung nötigen Einrichtungen wie Hörsäle und Sportanlagen schon vorhanden.

Aufgrund des Personalzuwachses könnten in Zukunft hoffentlich die geschlossenen Einheiten der Bereitschaftspolizei etwas aufgestockt werden. Dann ließen sich Unterkünfte an den vorhandenen Standorten für die stehenden Einheiten verwenden, und Ausbildungskapazität lasse sich auf den Standort in Niederbayern verlagern. Dabei handle es sich allerdings um keine festgelegte Planung, sondern um erste Überlegungen.

Abg. Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER) gibt zu bedenken, dass es in der unmittelbaren Nachbarschaft des Bundeswehrstandortes vieles an Infrastruktur gebe und die Unterbringungsmöglichkeiten für die auszubildenden Polizisten durchaus schneller als dargestellt realisiert werden könnten.